

... wer ist der Knausrigste im ganzen Land?

David Winizki, Mitglied der Vereinigung Unabhängiger Ärztinnen und Ärzte, Zürich

Der Kanton Zürich zeigt in den vergangenen Jahren exemplarisch, wie unsozial vor allem die FDP/SVP-Mehrheit im Zürcher Kantonsparlament mit der Finanzierung des Gesundheitswesens umspringt. Dem Pflegepersonal wird fast ein Jahrzehnt lang aus Spargründen die ausgewiesenen Lohnerhöhungen verweigert. Die Arbeitsbedingungen werden so prekär, dass die bewilligten Stellen nicht mehr besetzt werden können und an den Schulen für Krankenpflege auch schon mal einer der halbjährlich beginnenden Ausbildungsklassen mangels InteressentInnen ausfiel.

Vor zwei Jahren begann sich im Pflegesektor des Kantons Zürich Widerstand zu regen: Erste Warnstreiks in Psychiatrischen Kliniken wiesen deutlich auf die unhaltbaren Bedingungen hin. An Vollversammlungen organisierte in der Folge insbesondere die «Aktion Gsundi Gsundheitspolitik» (AGGP) die Aktionstage Anfang Mai 2000. Eine vielbeachtete phantasievolle und mächtige Demonstration von rund 8'000 TeilnehmerInnen schloss die dreitägige Phase von Proteststreiks ab. In der Folge fanden Verhandlungen mit der Regierung statt, die leider nur einem Teil des Gesundheitspersonals, die substantiellsten Lohnerhöhung seit Jahrzehnten brachten.

Fast gleichzeitig gewann eine Gruppe von weiblichen Angestellten des Gesundheitswesens eine Lohngleichheitsklage und erstritt für sich eine zehnjährige und für die übrigen Angehörigen ihres Berufes eine fünfjährige rückwirkende Lohnnachzahlung. Zusammen mit der Lohnerhöhung entstehen für den Kanton für das nächste Jahr Mehrkosten von über einer Viertel Milliarde Franken, welche die bürgerliche Mehrheit der Regierung unter der Federführung des SVP-Finanzdirektors Huber ins Budget des Jahres 2002 aufnahm.

So weit so gut. Nun hat die Regierung, das Gesundheitspersonal und die Zürcher Gerichte aber nicht mit den währschaften Männern der SVP-Kantonsratsfraktion und den FDP-Abgeordneten, welche zusammen die absolute Mehrheit haben, gerechnet: Diese lehnen diskussionslos das Budget 2002 ab und weisen es mit so vielen Änderungsvorschlägen zur Überarbeitung an die Regierung zurück, dass mit einer Verabschiedung unter Berücksichtigung der Lohnerhöhungen vor Ende Jahr nicht mehr gerechnet werden kann.

Das ist aber noch nicht alles: In den fünf Jahren des neuen Krankenversicherungsgesetzes werden die Prämien jener subventioniert, welche von der Höhe der unsozialen Finanzierung des Gesundheitswesens völlig überfordert sind. Der Bund bestimmt den maximalen Beitrag an die kantonale Subvention und verlangt von den Kantonen, dass sie gleich viel Geld beitragen müssen. Gleichzeitig überlässt er es den Kantonen, wieviel vom Bundesgeld sie abholen und somit auch selber beitragen wollen.

Wen wundert es, dass der Kanton Zürich bei dieser Prämiensubventionierung immer schon sehr knausrig gewesen ist. Bis 2000 verlangte er nur gerade das gesetzlich verlangte Minimum von 50% vom Bund und die damalige Erhöhung auf 65% hatte einzig mit einer Umverteilung der Lasten auf die Gemeinden zu tun. Nach einem ersten, vor zwei Jahren gescheiterten Versuch der «Alternativen Liste» (AL) mit einer

Initiative den Kanton zu einer hundertprozentigen Subventionierung zu zwingen, gelang Ende September dieses Jahres der zweite Versuch mit einer Forderung nach 80% des maximalen Betrages.

Das Zürcher Volk zwingt den Kanton zu einem sozialeren Verhalten. Das beeindruckt nun aber die SVP/FDP-Mehrheit im Zürcher Kantonsparlament überhaupt nicht. Die zusätzlich benötigten 86 Millionen für das nächste Jahr werden zusammen mit dem ganzen Budget an die Regierung zurückgewiesen und die Prämiensubventionen können so erst im Jahre 2003 erstmals ausgerichtet werden.

Man muss sich das schon einmal vor Augen führen: Die gleiche Kantonsratsmehrheit, welche dem Gesundheitspersonal und vor allem den weiblichen Angestellten den legitimen Lohn vorenthält, welche den Ärmsten die gerechtfertigte Subventionierung der Prämien sogar noch nach einer entsprechenden Volksabstimmung verweigert, die gleichen ParlamentarierInnen verlangt Steuersenkungen, welche einem Single mit 350'000 Franken Einkommen 3'700 Franken und einer Familie mit 40'000 Franken gerade noch 31 Franken Steuerermässigung bringen.

Bei all dem widerlichen Gezänk um die Prämiensubventionierung darf nicht vergessen werden, dass die 86 Millionen Franken die Geldnöte der Ärmsten in keiner Weise lösen. Wenn sich ein Fünftel der Zürcher Millionenbevölkerung die Summe aufteilt, bleibt pro Person gerade einmal 35 Franken pro Monat – weniger als allein die bevorstehende Prämienhöhung wahrscheinlich kostet. Eine wirksame Entlastung bringt einzig eine sozial gerechtere, nämlich einkommens- und vermögensabhängige Finanzierung im Gesundheitswesen. Das Finanzierungsproblem ist akuter als das Kostenproblem und muss deshalb prioritär gelöst werden.

September 2001